

Gerücht: Bevorstehende Kapitalverkehrskontrollen ab dem 7. April?

14.03.2025 | [Redaktion](#)

US-Präsident Donald Trump äußerte sich unlängst dahingehend, dass es angesichts eines drohenden globalen Finanzkollapses eine "Festung Amerika" benötigt. Abschottungen von Finanzmärkten können u.a. per Kapitalverkehrskontrollen erfolgen - so wie vor ein paar Jahren in Zypern geschehen.

In einer amerikanischen Live-Sendung behauptete ein Anrufer, dass die Europäische Union ein Auge auf die zehn Billionen Euro Guthaben der Europäer geworfen hätte. Brüssel befürchtet angeblich, dass ein Teil dieses Vermögens auf europäischen Konten ins Nicht-EU-Ausland transferiert werden könnte. Um dem möglichen Treiben einen Riegel vorschieben zu können, beabsichtigt sie daher Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, möglicherweise bereits ab dem 7. April 2025.

Weder jene Behauptung, noch das genannte Datum können verifiziert werden. Der Ausgangspunkt könnte jedoch auf eine Ankündigung von Maria Luís Albuquerque von der Europäischen Kommission vom 5. März 2025 zurückgehen. Dort heißt es unter anderem ([Link](#)):

"Ein beträchtlicher Teil ihres [der europäischen Sparer] Geldes liegt auf niedrig verzinsten Einlagenkonten oder sogar in bar – Ende 2023 beliefen sich diese Gelder auf 10 Billionen Euro. Die Mobilisierung auch nur eines kleinen Teils dieses Betrags kann die Investitionslandschaft in der EU verändern."

In der Ankündigung von Kommissarin Albuquerque ist außerdem von einer neuen "Spar- und Investitionsunion" die Rede, deren Ziel es sei, "die Vermögensbildung der privaten Haushalte zu fördern, indem die Erträge der Ersparnisse der EU-Bürger erhöht und gleichzeitig die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen erweitert werden".

Im Kern soll die Spar- und Investitionsunion die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Ersparnisse in die produktivsten Investitionen fließen, nicht zuletzt in die Aufrüstung Europas in Form des "ReArm-Europe"-Projekts ([Link](#)) von Präsidentin von der Leyen, heißt es weiter.

Die Planspiele und Kriegsziele der EU, wie auch die einiger Mitgliedsländer, hegen den Verdacht, dass neben den gigantischen Neuverschuldungspaketen, auch zwangsweise Privatvermögen herangezogen werden könnten. Konfiszierung, Beschlagnahmung, Kriegsanleihen oder Lastenausgleich sind unschöne Wörter aus der Vergangenheit, die aktuell nur schwer vermittelbar sind. In Polen geht das Gerücht um, dass Geldvermögen ab einer bestimmten Höhe "eingefroren" werden.

PS: Am [27. Februar](#) meldete die EZB einen Störfall, der die täglichen Transaktionen in Höhe von ca. 1,8 Billionen Euro beeinträchtigte. Ob dabei nur ein Bug behoben oder die IT ein neues Update erhielt, ist unbekannt. ...

© Redaktion GoldSeiten.de

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/650781--Geruecht--Bevorstehende-Kapitalverkehrskontrollen-ab-dem-7.-April.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).